

Gifhorn als Sicherer Hafen? Kreispolitiker uneins

Mehrheit des Sozialausschusses stimmte gegen Unterstützung der Initiative

Gifhorn. Darauf hatten die Zuhörer hingefiebert: Auf einen erneuten Diskurs zur Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge aus dem Mittelmeer im Landkreis und eine Entscheidung der Kreistagsmitglieder, ob sie die Initiative Sicherer Hafen unterstützen. 482 Postkarten waren beim Landkreis eingegangen von Unterstützern, die die Abgeordneten aufforderten, sich dafür stark zu machen (unsere Zeitung berichtete).

Am Dienstag befand der Ausschuss für Soziales und Integration zu dem Thema – und erteilte der Aktion mehrheitlich eine Absage. Vor allem bei Nicole Wockenfuß von den Grünen, die den Antrag gestellt hatten, rief das Thema starke Emotionen hervor: „Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn sie nirgendwo in einen Hafen einlaufen dürfen. Braunschweig und Wolfenbüttel haben sich schon zum sicheren Hafen erklärt, wir sollten das auch tun!“ Die SPD wollte mit ihrem Änderungsantrag bewirken, dass die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge im Rahmen einer bundesweiten Vereinbarung auf zwölf beschränkt werde, eine Mehrheit fand



Thomas Bollmann machte vor der Sitzung auf das Flüchtlingssterben im Mittelmeer mit seiner Protestaktion "Shame" aufmerksam. FOTO: KÖNIG

sie dafür aber nicht. Wockenfuß erinnerte: „Es geht nicht um die Massen an Flüchtlingen, die wir aufnehmen, sondern um ein paar.“ Ingrid Klopp (CDU) befand, dass Europa, Bund und Länder stärker in die Pflicht genommen werden sollten. Fraktionskollege Kilian Rochus Sartor machte klar, dass es ein Richtig oder Falsch bei diesem Thema nicht gebe und niemand die Sogwirkung abschätzen könne. Erster Kreisrat Thomas Walter stellte klar, dass sich der Landkreis in einer Notsituation ohnehin nicht zieren werde, abseits der vom Land festge-

legten Verteilungsquote weitere Menschen aufzunehmen. Die CDU erteilte dem Antrag gleich eine Absage mit der Begründung, dass diese Aufnahmeaktion falsche Signale senden könnte und die Menschen unter verkehrten Vorzeichen in die Lüneburger Heide gelockt würden. Und Stefan Marzischewski-Drewes (AfD) sagte: „Solche Aktionen bewirken einen noch größeren Zustrom.“ Es dürften keine Anreize geschaffen werden, sich nach Europa aufzumachen. Zudem müssten die Flüchtlinge in den nächstgelegenen Hafen gebracht werden. dak